Sozialdemokratische Fraktion im Rat der Stadt

Meerbusch

Haushaltsrede zum Haushalt 2010
Ratssitzung am Donnerstag, 17.12.2009
Ilse Niederdellmann
SPD Fraktionsvorsitzende

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Ratskolleginnen- und Kollegen der SPD, der CDU, der FDP, der Grünen, der Unabhängigen und sehr geehrter Herr Müller,

wie in jedem Jahr beginne ich die Haushaltsrede mit dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die das ganze Jahr über ein offenes Ohr für die Belange unserer Fraktion hatten. Hierfür herzlichen Dank an alle Beteiligten.

Gestatten Sie mir, bevor ich auf das Thema des Tages, den Haushalt 2010 komme, einige Sätze Rückschau und Ausschau zu halten.

Das Jahr 2009 hat Veränderungen nach Meerbusch gebracht, die von großer Tragweite sind. Bei der Kommunalwahl gab es Gewinne auf der einen Seite, Verluste auf der anderen und gar den Machtverlust bei der CDU.
Unabhängige und Zentrum schafften den Sprung in den Rat der Stadt Meerbusch, was sicherlich als Bereicherung angesehen werden muss.
Und so sitzt vor uns, lassen Sie es mich locker sagen, ein „Kessel Buntes“.

Sie, Herr Bürgermeister, werden froh sein, dass Ihre CDU nach dem Verlust der absoluten Mehrheit in den Grünen einen Mehrheits- und Machtbeschaffer fand. So sind Sie, im Augenblick wenigstens, nicht auf wechselnde Mehrheiten angewiesen. Freuen Sie sich, denn Sie haben wieder eine absolute Mehrheit im Rücken, allerdings in einer etwas pikanten Art: Sollen doch heute die Mitglieder einer Fraktion für Ihre Beschlussvorschläge Mehrheiten schaffen, die Ihnen in den letzten Jahren häufig in vielen Entscheidungen überhaupt nicht Recht gegeben haben.

Viele Bürgerinnen und Bürger sehen die neue Situation problematischer. Die CDU und die Grünen, zwei, die sich hier in diesem Raum etliche Auseinandersetzungen geliefert haben, zwei die von den Grundsätzen her nicht unterschiedlicher sein können! Oder gab es die Gemeinsamkeiten vielleicht doch, möglicherweise immer nur gut vertuscht?
Diese zwei wollen nun Meerbusch „regieren“? Geht das gut, so die Frage der Menschen.

Und genau das fragt sich die SPD Fraktion auch, kann das gut gehen?
Kann eine Fraktion, eine Partei die ja im Grunde ihre Seele verkauft hat, fünf Jahre lang immer den untersten Weg gehen?

Die Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU und Grünen sind für jedermann offen und einsehbar.
Aber was steht dort drin, außer Worthülsen und Leerformeln?
Schwammige Floskeln bergen den Vorteil, der eine spätere Bewertung und Erfolgskontrolle dieser Kooperation deutlich erschwert oder gar nicht möglich macht. Zu kaum einem Punkt werden konkrete Aussagen gemacht. CDU/Grüne wollen „Überprüfen“, „Erwägen“ und „Konzepte entwickeln“. Innovationen und Kreativität gleich null! Sie reden von mehr Bürgerbeteiligung, haben Sie vergessen, dass es das alles bereits gab? Das Konzepte von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen des Stadtmarketings erarbeitet wurden und niemand sie hören wollte? Nehmen Sie doch die bisherige Beteiligung ernst, das bedeutet Anerkennung für die Bürger.
Vielleicht sollten Sie sich zunächst einmal dieser Unterlagen bedienen, bevor Sie Geld für mehr Bürgerbeteiligung in den Haushalt 2010 einsetzen. Für eine Bürgerbeteiligung, die selbstverständlich sein sollte.

Wir von der SPD Fraktion können uns einfach nicht vorstellen, dass die Grünen beim Lesen ihrer eigenen Programme im Vergleich mit der Koalitionsvereinbarung hier in Meerbusch, nicht vor Scham in den Boden versinken.
Wo sind denn Ihre Forderungen aus dem Wahlkampf 2009?
Wahrscheinlich haben Sie schnell erkannt, dass Sie diese mit der CDU auch nach einer Koalitionsvereinbarung nicht durchsetzen können. Die Grünen haben sich von Ihren Zielen verabschiedet, ich bin sicher, Ihre Wähler werden dies nicht vergessen Vor allem aber die Osterather Bevölkerung, der Sie CDU/Grüne, ja nun gemeinsam den Frischemarkt bescheren wollen, wird sehr gespannt sein, auf die so genannte „ Optimierung der ÖPNV-Zugänglichkeit“, die Gestaltung des Großparkplatzes nach „ökologischen Grundsätzen“ und vor allem auf das Konzept für den Osterather Einzelhandel.

Die CDU hat sicherlich den Verlust der absoluten Mehrheit noch nicht verkraftet.
Das spürt man deutlich in den Ausschüssen. Für einen FDP Antrag, hier ging es um Klimaschutz, eines der Themen der Grünen, waren drei Abstimmungen in drei Ausschüssen nötig. Unglaublich, was da den anderen Ausschussmitgliedern zugemutet wird. Da wird der Beschluss vom Vortag gekippt, nur weil ein Koalitionspartner gegen den anderen stimmte und sich erlaubte, nach seiner eigenen Überzeugung zu stimmen. Ein anderes Beispiel hierfür ist die Parkraumbewirtschaftung in Strümp. Auch hier waren unterschiedliche politische Einschätzungen deutlich erkennbar.

Nur die Zeit wird es bringen und zeigen, was aus dieser Koalition wird.

Lassen Sie mich nun zu den Inhalten des Haushaltes 2010 kommen.

Es ist nicht leicht, für den nun zur Verabschiedung anstehenden Haushalt die richtigen Worte zu finden.

Ein steigender Schuldenstand, eine Verschuldung die jeder Meerbuscher Bürger, vom Kind bis zum Greis, mit sich herum trägt.

Wir dürfen es uns nicht so leicht machen und das Dilemma der Neuverschuldung alleine in der massiven Krise der Weltwirtschaft suchen. Unsere Verschuldung ist doch nicht neu, seit Jahren tragen wir einen Schuldenberg vor uns her. Und seit Jahren, mit ganz wenigen Ausnahmen, trägt die CDU alleine die Verantwortung dafür.

Wir sollten wirklich nicht so tun, als käme das alles überraschend.

Nun, es gibt sicherlich Dinge, die Sie, Kolleginnen und Kollegen der CDU, nicht alleine zu verantworten haben. Ich denke an die Beschlüsse im Land, Beschlüsse, die von den Kommunen umgesetzt werden müssen. Ich denke daran, dass die Kommunen in NRW seit Jahren schlechter gestellt sind als die Kommunen in anderen Bundesländern.
Unser CDU/FDP regiertes Land hat seine Steuermehreinnahmen von über 7 Milliarden € seit 2005 nicht für die Kommunen genutzt.
Warum, CDU und FDP, gehen Sie nicht zu ihren Leuten in der Landesregierung, zu Ihren Ministern und sagen, was in den Kommunen wirklich los ist? Ihr Ministerpräsident schweigt, sein Finanzminister und sein Innenminister lassen die Kommunen alleine.

Nein, diese Landesregierung hat kein Konzept für die Kommunen und ist ihnen auf gar keinen Fall ein solidarischer Partner.

Die Kommunen sind es, die für die Daseinsvorsorge zuständig sind!
In den Kommunen findet das staatliche Leben statt und die Kommunen müssen gestärkt werden. Und das kostet Geld. Geld, was die allermeisten Kommunen nicht mehr haben. Und deshalb brauchen wir einen Sicherungspakt für Kommunen, damit diese nicht in die wirtschaftliche Handlungsunfähigkeit geraten.

Auch wir sind inzwischen so verschuldet, dass selbst das Einstellen aller freiwilligen Leistungen uns nicht mehr retten könnte. Und aus diesem Grunde hat die SPD bei genau diesen auch nichts eingespart. Wir wollen, dass die Menschen in Meerbusch sich wohl fühlen, sie sind nicht dafür verantwortlich, was die CDU hier bietet.
Fazit ist doch, eine bereits ausgepresste Zitrone kann man nicht weiter auspressen.

Wir stecken in einer Vergeblichkeitsfalle! Heißt: Egal, wie sehr wir uns bemühen, wir werden in den nächsten Jahren immer weiter in die Verschuldung gehen.

Selbst das Wissen, dass die Kreisumlage sich erhöhen wird, veranlasst Kämmerer und Bürgermeister nicht, die Zahlen im Haushaltsentwurf darzustellen. Glauben Sie, Herr Bürgermeister und Herr Kämmerer, die Politiker erkennen das Problem nicht? Wir erwarten von Ihnen korrekte Zahlen, die uns in die Lage versetzen, den Haushalt fundiert zu beraten.
Uns ist aufgefallen, dass die Zahlen in diesem Haushalt an vielen Stellen nicht stimmig sind und weisen vor allem auf die Internen Leistungsbeziehungen hin.

Und die 3,5 Mio. € aus dem Jahre 2008 finden nun doch in dem uns vorliegenden Haushalt keine Berücksichtigung. Aber, so habe ich im Haupt- und Finanzausschuss gelernt, das ist ja nicht so schlimm, das sind ja nur buchhalterische Dinge. Kein Grund zur Sorge.
Wir sagen, Ihr Verhalten führt garantiert nicht zur Haushaltsklar- und Wahrheit.

12 Mio. € Steuerausfall im Jahr 2010, knapp 11 Mio. € im Jahr 2011 und knapp 10 Mio. € im Jahr 2012, so die Prognose, lassen unserer Meinung nach nicht viel Spielraum.

All die Verschiebungen die Sie, die Mehrheit der hier sitzenden Personen, in diesem Haushalt vorgenommen haben, wann bitte sollen die umgesetzt werden? Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, die Kosten kommen auf uns zu!

Eine defekte Fahrbahndecke wird durch das nicht reparieren nicht besser, nein sie wird schlechter. So schlecht, dass später nur noch eine Grundsanierung durchgeführt werden kann. Siehe Kornstraße! Und wer zahlt dann die Zeche? Ja, Sie wissen es, der Bürger, da nach § 8 KAG NRW abgerechnet wird.

In Schulen, Kita`s und öffentliche Gebäuden wurden Sanierungen verschoben, die heute dringend gemacht werden müssen. Ich denke an den behindertengerechten Ausbau von öffentlichen Gebäuden in unserer Stadt. Und an unsere Schulen, wo heute teilweise Eltern helfen, die nötigen Anstriche zu verwirklichen.

Haus Meer:

Nun also soll Herr Dr. Gerad nach dem Willen der CDU/Grünen die Verantwortung für das Gelände Haus Meer bekommen.
Nach all dieser Zeit, ist das wirklich alles, was Ihnen dazu einfällt?
Bereits der ehem. Beigeordnete Nowack hatte die Verantwortung für Haus Meer in seinem Bereich. Nichts Wesentliches wird sich hier verändern.
Was ist denn aus ihrer Forderung, Herr Peters, geworden, das Gelände Haus Meer doch bitte umgehend zu kaufen? Schon vergessen?
Aber sie haben es ja sehr einfach, sie können alles der schlechten Wirtschaftslage zuschreiben. Wir würden ja so gerne, aber wir können nicht.

Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Gerad, wünsche ich mehr Glück und mehr Unterstützung als ihrem Vorgänger im Amt bei diesem Thema zukam.

Jugendhilfe:

Im Jugendhilfebereich haben wir ganz klare Vorstellungen. Und auch die schlechte Finanzsituation kann uns nicht davon abhalten, unsere politische Zielsetzung durch Anträge deutlich zu machen.
Ja, wir wollen eine beitragsfreie Kinderbetreuung und zwar nicht nur in den Kitas. Auch hier ist es für Sie einfach zu sagen: Wir wollen das ja auch, aber …
Nein, Sie wollen es nicht, ansonsten wären Sie unserer Forderung ja bereits im letzten Jahr gefolgt. Wir werden nicht aufhören, das laut zu sagen. Übrigens, wo waren da die Grünen, die in den Vorjahren immer für eine Beitragsfreiheit waren.

Der Ausbau von Kita`s im U3 Bereich läuft für uns etwas zu schleppend. Aber wenn es nach uns gegangen wäre, hätten wir ja schon früher damit angefangen, bereits seit dem Jahr 2004 verfolgen wir dieses Ziel.
Und heute ist klar, das wäre gut gewesen. Zu Zeiten einer besseren Finanzlage wären unsere Möglichkeiten weitaus größer gewesen. Jetzt müssen wir, die Zeit bis 2013 läuft. Mal sehen, wo wir dann in diesem Bereich stehen.

Soziales:

Im Sozialbereich haben Sie unsere Anträge abgelehnt. Beispiel: Sportgeräte für Senioren, wie sie in Büderich im Hallenbadpark stehen, auch in Osterath aufzustellen. Auch hier, wir würden ja gerne, denn wir sehen ja, die Geräte in Büderich sind ein Erfolg, aber, die Haushaltslage. Wir reden hier über 8 Tausend €.

Auch das Aufstocken der Stundenzahl in der Schuldnerberatungsstelle halten Sie nicht für nötig.
Sie halten eine Wartezeit von drei Monaten, diese Zahl wurde von Frau Mielke-Westerlage in einem RP Bericht bestätigt, für angemessen.
Wir nicht, wenn jemandem das Wasser bis zum Hals steht, können drei Monate Wartezeit sehr, sehr lang sein. Können Sie, die hier anwesenden Mitglieder des Stadtrates, sich überhaupt vorstellen, dass es auch in unserem reichen Meerbusch Menschen gibt, die in der Schuldenfalle sitzen? Ob verschuldet oder unverschuldet, das ist nicht unsere Aufgabe festzustellen. Aber einen Weg aus der Misere, den können wir den betroffenen Menschen anbieten.

Und das Ganze zieht sich wie ein roter Faden durch alle Produktbereiche in diesem Haushalt.
Eigentlich gut, aber wir können ja nicht.

Was glauben Sie, wie oft können Sie das Ihren Wählern denn noch sagen? Der Wähler ist wachsam, das hat er bei der Kommunalwahl bewiesen.

Wir sagen, auf den neuen Teil des Büdericher Friedhofs gehört eine Trauerhalle. Sie sagen, es sind doch nur 617 Meter von der alten Trauerhalle bis zum neuen Friedhof. Sie sagen, zumutbar für alte und behinderte Menschen. Wir sagen etwas anderes. Und die Menschen draußen sagen uns auch etwas anderes. Zumindest ist die Verwaltung inzwischen bereit, Zahlen und Unterlagen zu dem Thema einzuholen und dem Ausschuss vorzulegen.

Die in den Sand gesetzten Planungskosten der Vergangenheit, ich verweise auf den Dr. Franz-Schütz-Platz und auf die Planungen zur Ortskerngestaltung in Strümp, holen uns jetzt ein. Planungskosten für Projekte, die nie verwirklicht wurden oder nur in abgespeckter Version. Alleine für den bis heute vor sich hindümpelnden Dr. Franz-Schütz-Platz sind bis zum Jahr 2006 für Markanalysen, Architektonische Wettbewerbe, Baugenehmigungsplanungen und Bauleitplanungen 766.100 Tausend € ausgegeben worden. Stellen Sie sich vor, wir hätten dieses Geld, um es heute für dringend nötige Projekte einzusetzen.

Aber für die von uns geforderte Trauerhalle konnten noch nicht einmal Planungskosten in diesen Haushalt eingesetzt werden. Denn selbst wenn sie dort stünden, die zuständige Abteilung könnte gar nicht tätig werden. Zu dünn ist die Personaldecke.

Dazu gleich noch ein paar Sätze.

Bei der Wirtschaftsförderung freuen wir uns, dass es eine Mehrheit dafür gibt, diese aufzuwerten. Und so haben wir unseren ursprünglichen Antrag auf eine 2.Stelle in diesem Arbeitsfeld zunächst zurückgestellt.
Wir wollen den Bereich der es ermöglicht, die Einnahmesituation für Meerbusch deutlich zu verbessern, endlich aufgewertet sehen.
Vielleicht darf man dann ja auch in die Richtung denken, mehr Gewerbegebiete zu erschließen, als unendlich auf eine Badewelt zu warten.
Es gab Zeiten, da hatten wir in Meerbusch so viele Arbeitsplätze, dass wir die Wirtschaftsförderung kaum bemühen mussten. Ich denke hier vor allem an Böhler, Ostara und Stössel. Das ist jetzt anders.
Aus diesem Grunde wird die SPD ihr Ziel, Arbeiten und Wohnen in Verbindung zu bringen, nicht aus dem Auge verlieren um mehr Arbeitsplätze in Meerbusch zu schaffen.

Personalpolitik:

Erst heute liegen uns auf unsere Nachfrage hin Zahlen auf dem Tisch, die wir eigentlich vor den Beratungen des Stellenplans von der Verwaltung erwartet hätten. Uns, die SPD bestärken diese in dem Beschluss, den Stellenplan 2010 abzulehnen. Es geht uns nicht darum, Beförderungen und Aufstockungen zu verhindern, sondern es geht uns darum, auf eine absolut verfehlte Personalpolitik in Meerbusch hinzuweisen.

Mit uns wird es diese Art der Politik auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung nicht mehr geben.
Hohe Krankenstände und eine absolute Übergrenze an Mehrarbeits- und Überstunden in bestimmten Produktbereichen sind nicht mehr hinnehmbar.
Eine Konsolidierung des Haushaltes auf den Schultern der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auszutragen ist in höchstem Maße unsozial. Wir unterstützen die Forderungen des Personalrats uneingeschränkt.

Aus diesem Grunde fordern wir ein wirkliches Personalentwicklungskonzept. Ein Konzept, welches nicht von Anfang an das Ziel hat, nur Personal abzubauen.

Zur Personalpolitik gehört aber auch die Form der Einstellungsverfahren, welches in Meerbusch praktiziert wird. Ganz aktuell wird jeden Tag über die wenig glücklich gelaufene Besetzung der Stelle der Musikschulleitung geschrieben und auf den Straßen gesprochen. Und hier kommen die Verantwortlichen nicht unbedingt gut weg.
Das ist nicht einwandfrei gelaufen und bekommt unserer Stadt nicht gut, die Öffentlichkeit nimmt so etwas bewusst zur Kenntnis und nicht nur die Meerbuscher werden hier genau hinsehen, was passiert ist. Es ist nicht das erste Mal, dass Menschen nach einer Bewerbung bei der Stadt Meerbusch keinen Vertrauensschutz haben. Ich persönlich habe geglaubt, dass alle Beteiligten aus der Vergangenheit gelernt haben.

Fazit:

Die SPD Fraktion ist mit diesem uns vorliegenden Haushaltsentwurf mehr als unzufrieden.
Das Ergebnis unserer Beratungen wird sie sicherlich nicht überraschen, da wir ja bereits in den Fachausschüssen unsere Meinung deutlich gemacht haben.

Die SPD Fraktion stimmt dem Haushalt 2010 nicht zu.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse.